

dbb *journal*

5. bis 7. Januar 2014

dbb Jahrestagung 2014

**Stets zu Diensten?
Der Staat im
21. Jahrhundert**



Köln, 5. bis 7. Januar 2014

Stets zu Diensten? Der Staat im 21. Jahrhundert

Sonntag, 5. Januar 2013

19.00 Uhr **Begrüßungsabend**
im Tanzbrunnen
Grußwort
Jürgen Roters
Oberbürgermeister der Stadt Köln

Montag, 6. Januar 2013

10.00 Uhr **Gewerkschaftspolitischer Auftakt**
Begrüßung und Ansprache
Klaus Dauderstädt
dbb Bundesvorsitzender
Dr. Thomas de Maizière
Bundesminister des Innern
Dr. Norbert Walter-Borjans
Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen

12.00 Uhr **Mittagessen**

13.30 Uhr **Podiumsdiskussion**
mit Vertretern der Bundestagsfraktionen zur Lage des öffentlichen Dienstes
Armin Schuster, MdB
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Hartmann, MdB
SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Frank Tempel, MdB
Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag
Irene Mihalic
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
Moderation: Dunja Hayali

14.30 Uhr **Fachvortrag**
„Reformation und Politik – Herausforderungen im 21. Jahrhundert“
Prof. Dr. Margot Käßmann
Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017

15.15 Uhr **Get together**

Dienstag, 7. Januar 2013

10.00 Uhr **„Soziale Marktwirtschaft oder vermarkteter Sozialstaat“**
Kurzstatements der Teilnehmer des anschließenden Podiums

10.30 Uhr **Streitgespräch**
Annegret Kramp-Karrenbauer, MdL
Ministerpräsidentin des Saarlandes
Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Moderation: Birgit Wentzien

11.30 Uhr **Schlusswort**
Klaus Dauderstädt
dbb Bundesvorsitzender

11.45 Uhr **Mittagessen**

Stand: 23. Dezember 2013

Impressum

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.4081-40, Fax 030.4081-5599, E-Mail: magazin@dbb.de, Internet: www.dbb.de

Redaktion: Dr. Walter Schmitz (verantwortlich), Christine Bonath, Jan Brenner

Layout: Benjamin Pohlmann. Fotos: Jan Brenner, Marco Urban, dbb, MEV, Rolf Vennenbernd, fotolia

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de, Internet: www.dbbverlag.de

Druck: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, E-Mail: info@schaffrath.de, Internet: www.schaffrath.de

Vorwort

Zu Beginn des Jahres 2014 stehen wir auch am Beginn einer neuen Legislaturperiode: Vor wenigen Monaten wurde in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt, dessen Abgeordnete in den kommenden vier Jahren weitreichende Entscheidungen für unser Land zu treffen haben. Seit einigen Tagen haben wir eine neue Bundesregierung, die sich mit dem von CDU/CSU und SPD vereinbarten Koalitionsvertrag ehrgeizige politische Ziele gesetzt hat. Der dbb wird die Politik der großen Koalition – wie in den vergangenen Jahren auch – kritisch begleiten, kommentieren und mit eigenen Forderungen und Überlegungen zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes ergänzen.

Einen ersten Akzent setzen wir mit unserer Jahrestagung 2014, bei der wir gespannt von den Vertretern der Politik aus Bund und den Ländern ihre Position zur künftigen Regierungspolitik erfahren möchten. Der demografische Wandel, eine Neuregelung für die Bundesländer-Finanzbeziehungen, haushaltspolitische Vorgaben, aber auch europäische und internationale Herausforderungen und Verantwortung werden unter anderem die Politik unseres Landes in den kommenden Jahren bestimmen.

Angesichts dieser vielfältigen Herausforderungen haben wir die dbb Jahrestagung 2014 unter das Motto „Stets zu Diensten? Der Staat im 21. Jahrhundert“ gestellt. Dem öffentlichen Dienst kommt dabei tagtäglich die besondere Verantwortung zu, dass die freiheitlich demokratische Grundordnung in unserem Land mit Leben erfüllt wird – und damit Rechts- und Planungssicherheit sowie eine verlässliche Daseinsvorsorge bietet. Auch im 21. Jahrhundert gilt es, die Errungenschaften auch zu wahren, den öffentlichen Dienst als entscheidenden Standortvorteil für unser Land zu



nutzen und die Modernisierung von Staat und Verwaltung weiter voranzutreiben. Denn Staat und Verwaltung werden das Angebot öffentlicher Leistungen an die sich verändernden Rahmenbedingungen anpassen müssen. Wir werden uns mit Fragen der Digitalisierung der Verwaltung ebenso befassen müssen wie mit einer nachhaltigen Wachstumsgewinnung und attraktiven, familienfreundlichen Gestaltung von Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.

Mit großem Interesse erwarten wir zu diesen vielfältigen Fragestellungen die Ausführungen des Bundesinnenministers Thomas de Maizière sowie des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen, Norbert Walter-Borjans. Die Antworten, die die Politik geben wird, spiegeln auch den Zustand unserer Gesellschaft und die sie betreffenden sozialen Fragen wider. Wie soll unser Zusammenleben künftig gestaltet sein? Welche Werte prägen eine sich verändernde Gesellschaft in Deutschland? Was ermuntert Menschen, sich zu engagieren und für Gerechtigkeit und Frieden im Land und in der Welt einzutreten? Was können wir für die alltäglichen Fragen in der häufig kleinteiligen Politik des 21. Jahrhunderts von dem Reformator Martin Luther lernen?

Wir freuen uns, dass die Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017, Margot Käßmann, unser Gast ist und uns sicher einen anderen Blick auf die Herausforderungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland geben wird.

Mit der Diskussion zur „Sozialen Marktwirtschaft oder vermarktetem Sozialstaat“ wollen wir die besonderen Herausforderungen, die der Koalitionsvertrag für die Länder bedeutet, erörtern. Die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer, und der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Kubicki werden ihre politische Erfahrung in die Diskussion einbringen.

Ich wünsche Ihnen eine vielseitige und interessante dbb Jahrestagung 2014, mit der wir Ihnen nicht zuletzt durch unser „Get together“ am Montag die Gelegenheit zu zahlreichen persönlichen Gesprächen und Begegnungen geben möchten.

Dauderstädt.

Klaus Dauderstädt,
dbb Bundesvorsitzender



Nachwuchskampagne für den öffentlichen Dienst:

„Die Unverzichtbaren“ starten durch

Mit mehr als 4,6 Millionen Beschäftigten ist der öffentliche Dienst Deutschlands größter Arbeitgeber. Trotz über 100 interessanten Berufen und guten Zukunftsperspektiven droht der öffentlichen Hand ein gewaltiges Personalproblem, denn in den kommenden 15 Jahren werden rund 700 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter altersbedingt ausscheiden, und bereits heute fehlen bis zu 100 000 Fachkräfte. Ein weiteres Problem: Viele gut ausgebildete und motivierte junge Menschen orientieren sich bei ihrer Berufswahl an der Privatwirtschaft und haben den öffentlichen Dienst oft gar nicht auf Rechnung. Der dbb setzt ein berufspolitisches Ausrufezeichen und startete die Nachwuchskampagne „Die Unverzichtbaren“, die in Kooperation mit dem Jugendmagazin „SPIESSER“ und dessen herausgebender Agentur „Schulkurier GmbH“ entwickelt wurde.

Die bundesweite Nachwuchskampagne will verhindern helfen, dass der öffentliche Dienst seine Leistungsfähigkeit verliert: „Der demografische Wandel erschwert die Nachwuchssuche zunehmend“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt anlässlich des Kampagnenstarts am 7. Dezember 2013 in Berlin. „Wenn wir nicht Schiffbruch erleiden wollen, müssen wir jetzt und auf breiter Front um qualifizierte und motivierte Talente kämpfen – sie sind ebenso unverzichtbar wie der öffentliche Dienst selbst.“

Der dbb als gewerkschaftlicher Dachverband der Beschäftigtenorganisationen des öffentlichen Dienstes übernehme deswegen jetzt mit der Kampagne Zukunftsverantwortung und sende zugleich eine Botschaft an Politik, Arbeitgeber und Dienstherrn, so der dbb Chef: „Wir müssen unverzüglich handeln, um Deutschlands

öffentlichen Dienst fit für künftige Herausforderungen zu machen und dafür zu sorgen, dass sich unser Land, unser Gemeinwesen und die Wirtschaft weiterhin auf diesen stabilen und modernen öffentlichen Dienstleister verlassen können.“ Mit dieser Aktion löst die dbb Bundesleitung zugleich ihre Zusage ein, im Rahmen eines „Demografiepaktes“ einen sichtbaren Beitrag zu leisten.

Information und Interaktion

Unter der Marke „Die Unverzichtbaren“ machen in den kommenden fünf Jahren an rund 9 000 Schulen Plakate und Postkarten Werbung für eine Karriere im öffentlichen Sektor und weisen auf das Internetportal www.die-unverzichtbaren.de hin, das Informationen zu mehr als 100 Berufsprofilen bietet.

Dort finden sich nicht nur „Klassiker“ des öffentlichen Dienstes wie Polizist, Feuerwehrmann oder Lehrer, sondern auch weniger bekannte wie Binnenschiffer, Fotograf oder Tontechniker, um nur einige Beispiele zu nennen. Schülerinnen und Schüler erhalten damit die Möglichkeit, sich umfassend über Einstiegsmöglichkeiten und Ausbildungswege zu informieren.

Was ist der öffentliche Dienst eigentlich? Was genau unterscheidet Beamte und Angestellte? Wie sehen die verschiedenen Ausbildungsgänge aus? Was kann ich verdienen? Diese Fragen und mehr werden beantwortet und junge Leute entdecken vielleicht sogar den einen oder anderen Beruf, mit dem sie im öffentlichen Dienst gar nicht gerechnet hatten. Natürlich hält die Internetseite auch Tipps für die richtige Bewerbung bereit, und damit man sich nicht verirrt, hilft ein interaktiver Berufsberater dabei, das richtige Betätigungsfeld einzugrenzen.

Zu allen Berufen gibt es darüber hinaus weiterführende Links, etwas zum „Berufenet“ der Arbeitsagentur und zu aktuellen Stellenausschreibungen, damit Interessentinnen und Interessenten sofort handeln können.

Echte Berufe, echte Menschen

Die Macher der Internetpräsenz haben sich auch auf die Fahnen geschrieben, die Berufe erlebbar zu machen. Die Seite arbeitet daher nicht mit Models und Agenturbildern, sondern mit den Erfahrungsberichten echter Menschen:



Niels Vogel zum Beispiel ist Steuerfahnder in Hamburg. Einen „typischen“ Arbeitstag gibt es nicht, meint er. „Es kann sein, dass ich heute in einer Dönerbude, morgen im Bordell und übermorgen in einer Bank dienstlich aktiv bin.“ Spannend sei dabei besonders, hinter die Kulissen von Firmen zu blicken und sich in die Beweggründe oder Schicksale der häufig ganz verschiedenen Menschen einzuarbeiten. Im Büro schaut sich Vogel Beweismittel wie Kontoauszüge oder Terminkalender an, recherchiert im Internet oder lädt Zeugen und Beschuldigte ins Finanzamt. Vogel agiert dabei stets im Team: „Alleine wird

man hier nix.“ So arbeitet er beispielsweise bei seinen Außeneinsätzen nicht selten mit der Polizei oder dem Zoll zusammen. Auch auf andere Mitarbeiter der Steuerverwaltung ist der Fahnder angewiesen: zum Beispiel auf die Betriebsprüfer, die ihn auf mögliche Steuerhinterziehungen hinweisen.



Fachinformatiker Philipp Mai hat seinen Traumberuf in der Stadtverwaltung Dresden gefunden. Mai fühlt sich wohl, wenn Computer surren, LEDs blinken und Zahlencodes über die Bildschirme laufen: „Fachinformatiker sind keine Fachidioten. Sie kennen sich in vielen Bereichen der Informationstechnologie aus“, erzählt der 24-Jährige. „Als IT-Koordinator repariere ich nicht nur Geräte, sondern kümmere mich auch darum, dass alle Geräte up to date sind. Manchmal gibt es Tage, an denen alles kaputt geht“, erzählt Mai. „Dann muss man die Nerven bewahren. Sonst ist der Beruf des Systeminformatikers aber eher entspannt, stressig wird es nur, wenn der Nutzer unruhig wird.“ Wenn die Leute mit einem Problem zu ihm kommen, leidet er mit ihnen. Wenn die Lösung mal etwas länger dauert, hat er damit kein Problem. Mai ist erst zufrieden, wenn alles wieder funktioniert. „Wenn ich helfen kann, fühle ich mich super!“ Besonders gut an seinem Beruf gefällt dem IT-Fan, dass er seine Begeisterung für die Technik nicht nur privat, sondern auch im Job ausleben darf und dafür noch bezahlt wird.

► Frauenpower gefragt

Besonders junge Frauen fehlen in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes, gerade in vermeintlichen Männerdomänen wie zum Beispiel der Polizei. Keine Berührungsängste hatte die 22-jährige Michelle May, die sich vor drei Jahren für eine Karriere als Polizeibeamtin entschieden hat. Heute ist sie Teil einer Hundertschaft, einem Team von hundert Männern und Frauen. Mit Demonstrationen, Fußballspielen, Raubüberfällen und Körperverletzungen hat May nun täglich zu tun. Eine gefährliche Arbeit? „Der Beruf ist schon gefährlich“, gibt die Polizistin zu. Gleichzeitig sei es aber „immer spannend, weil man nie weiß, was passiert. Angst habe ich aber nicht.“ May ist fasziniert vom Zusammenhalt unter den Kollegen und dem abwechslungsreichen Arbeitsalltag: „Man kommt zum Dienst und weiß nie, was einen erwartet.“ Die meiste Zeit verbringt sie auf Einsätzen, Computerarbeit ist selten, denn Michelle ist immer auf Achse. Und das in der Regel zehn



bis zwölf Stunden am Stück, mitunter auch nachts. Solche Nachtdienste sind für Michelle kein Problem. „Man gewöhnt sich dran. Am besten macht man vor dem Dienst noch ein kleines Nickerchen.“ Eine Motivation treibt Michelle besonders an: ihre Stadt Berlin ein Stück sicherer zu machen.

Neben der Vorstellung einer künftig wachsenden Zahl von Berufen mit Imagevideos und Berufsbeschreibungen aus erster Hand berichten Azubis und Anwärter auch im Blog über ihre Berufswahl, wie zum Beispiel die angehende Feuerwehrfrau Ann-Katrin Faeser, die eigentlich aus der Krankenpflege kommt: „Der Wunsch, Feuerwehrfrau zu werden, kam durch den Eintritt in die freiwillige Feuerwehr“, schreibt sie. „Ein Freund begeisterte mich dafür. Davor hatte ich nichts mit der Feuerwehr zu tun, aber durch die gewonnenen Einblicke in die Abläufe wuchs meine Begeisterung.“ Besonders das Gefühl, etwas Gutes zu tun, Menschen in Notsituationen zu helfen und sich für seine Mitmenschen zu engagieren, erfülle sie. „Es ist schon ein irres Gefühl, wenn der Piepser angeht und der Puls in die Höhe schnell. Fitness und Sport spielen in der Anwärterausbildung eine große Rolle. Es ist enorm wichtig, geistig und körperlich fit und belastbar zu sein. Das erste Mal habe ich den Sporttest nicht geschafft. Aber ich wurde immer ehrgeiziger und nahm mein Training noch ernster.“

► Informationen für Lehrer

Flankiert wird der Internetauftritt „Die Unverzichtbaren“ mit Social Media: Auch auf „Facebook“ haben die Unverzichtbaren einen Account. Ein weiteres wesentliches Element der Kampagne ist die Lehrermappe „Öffentlicher Dienst“ mit einer komplett aufbereiteten Unterrichtseinheit für Schülerinne und Schüler der Sekundarstufe 1 zum öffentlichen Sektor und seinen Berufen. Diese Mappe wird den Pädagogen an 5 000 Schulen bundesweit zur freien Nutzung angeboten. Parallel zum Kampagnenstart gibt es begleitende PR-Maßnahmen. Dabei setzen die Kampagnenmacher insbesondere auf U-Bahn-Fernsehen, U-Bahn-Plakate und Inserate in Ausbildungsmagazinen.



Gewerkschaftspolitischer Auftakt:

Stets zu Diensten? Der Staat im 21. Jahrhundert

Noch ist die öffentliche Verwaltung in der Lage, ihren Aufgaben nachzukommen. Doch wie lange kann sie „stets zu Diensten sein“? Die Gäste der dbb Jahrestagung 2014 dürfen gespannt sein, welche Antworten die Akteure des gewerkschaftspolitischen Auftaktes zu den Herausforderungen staatlichen Handelns im 21. Jahrhundert anzubieten haben.

Grundsatzfrage ...

Das Motto der 55. dbb Jahrestagung 2014 hat der dbb mit einem Fragezeichen versehen. Es lautet: „Stets zu Diensten? Der Staat im 21. Jahrhundert.“ Wie schätzen Sie die weitere Entwicklung ein? Wird der Staat auch künftig flächendeckend, effektiv und professionell den Bürgern dienen können?

... an Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière

Ja! Ich kann die Sorge vieler Bürgerinnen und Bürger, dass der Staat sich aus der Fläche zurückziehen könnte, gut nachvollziehen. Ländliche Gebiete sind seit jeher für Dienstleister und Versorgungsunternehmen eine besondere Herausforderung. Aber der verfassungsrechtliche Auftrag zur staatlichen Daseinsvorsorge wird auch in Zukunft nicht im Umland der Ballungsräume unserer großen Städte enden. Im Gegenteil: Die Bundesregierung zeigt im Koalitionsvertrag an vielen Stellen auf, wie wir den Herausforderungen der Zukunft für unsere Gesellschaft begegnen wollen. Erstmals ist ein eigenes Kapitel in einem Koalitionsvertrag der „Digitalisierung“ gewidmet. Die Digitale Agenda begreifen wir als Querschnittsaufgabe, die auf die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst ebenso ausstrahlt wie auf die gesamte Arbeitswelt.

Moderne IT bietet uns die Möglichkeit, direkter und vernetzter zu kommunizieren. Sie unterstützt nicht nur den mobileren Lebensstil vieler Menschen, sondern auch die Versorgung ländlicher Räume in Zeiten sinkender Bevölkerungsdichte. Es geht bei Ihrer Frage aber auch um die Menschen im öffentlichen Dienst. Auch in der Verwaltung müssen weniger und ältere Mitarbeiter in der Lage sein, immer komplexere Aufgaben zu bewältigen. Deshalb werden Wissenstransfer und Gesundheitsmanagement künftig eine große Rolle spielen. Außerdem muss sich der öffentliche Dienst im Wettbewerb um die besten Köpfe als attraktiver Arbeitgeber präsentieren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch mobiles Arbeiten und flexible Arbeitszeitmodelle sind hier Bereiche, die wir fördern müssen. Wir alle, Bund, Länder und Gemeinden, sind dringend aufgerufen, die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung auch in Zeiten des demografischen Wandels und neuer Techniken zu erhalten. Dabei setze ich auch aus guter Erfahrung auf den dbb als bewährten Gesprächs- und Gestaltungspartner.



■ **Thomas de Maizière ...**

... geboren 1954 in Bonn, studierte nach Abitur und Wehrdienst Rechtswissenschaften und Geschichte in Münster und Freiburg. 1986 wurde er zum Dr. jur. promoviert. Von 1983 bis 1985 war er Mitarbeiter der Regierenden Bürgermeister von Berlin und leitete bis 1989 das Grundsatzreferat der Senatskanzlei. 1990 wirkte de Maizière mit am Aufbau des Amtes des Ministerpräsidenten der letzten DDR-Regierung und gehörte der

Verhandlungsdelegation für den Einigungsvertrag an. Von 1990 bis 1994 war er Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern und 1994 bis 1998 Chef der dortigen Staatskanzlei. Ab Oktober 1999 amtierte er als Staatsminister und Chef der Sächsischen Staatskanzlei, 2001 bis 2002 als Finanzminister, 2002 bis 2004 als Justizminister, 2004 bis 2005 als Innenminister in Sachsen. Im November 2005 wurde de Maizière zum Bundesminister und Chef des Bun-

deskanzleramtes ernannt. In der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages trug der Jurist die Verantwortung für zwei große Ressorts: Ab Ende Oktober 2009 war er zunächst Bundesminister des Innern und übernahm Anfang März 2011 die politische Führung im Bundesverteidigungsministerium. Im 18. Deutschen Bundestag wird Thomas de Maizière erneut als Bundesminister des Innern dem Kabinett angehören. De Maizière ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

■ **... an NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft**

Der demografische Wandel wird unsere Gesellschaft stärker verändern als das bisher wahrgenommen wird – mit Folgen auch für den öffentlichen Dienst. So wird der Wettbewerb um junge Fachkräfte wachsen und das Leistungsspektrum des öffentlichen Dienstes sich verändern. Wir in Nordrhein-Westfalen bekennen uns für die Zukunft zu einem öffentlichen Dienst, der sich auch weiterhin als Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern versteht. Ein Stellenabbau nach dem Rasenmäherprinzip würde dieser Herausforderung nicht gerecht, im Gegenteil, er ginge auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Bürgerinnen und Bürger. Daher haben wir uns in Nordrhein-Westfalen bewusst gegen diesen Weg entschieden. Unsere Aufgabe ist es nun, noch stärker bei jungen Menschen für einen Einstieg in den öffentlichen Dienst zu werben. Der Staat braucht auch in Zukunft hervorragend ausgebildete und engagierte Beschäftigte. Mit der Weiterführung der Dienstrechtsmodernisierung wird die Landesregierung die notwendigen Weichen stellen, dass wir auch in Zukunft einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst haben werden.



■ **... an den Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters**

Die gesellschaftliche Entwicklung wird auf absehbare Zeit weiterhin vom demografischen Wandel, den Wünschen nach einer anderen Verteilung von Arbeits- und Freizeit und der weiteren rasanten IT-Entwicklung geprägt sein. Dies bedeutet für alle Arbeitgeber den Konkurrenzkampf um eine geringere Anzahl von Arbeitskräften sowie die Erwartungshaltung der Bevölkerung, staatliche Dienstleistungen verstärkt von zu Hause oder unterwegs in Anspruch nehmen zu können. Hinzu kommt die Erwartung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihre Arbeitsleistung flexibel auch von zu Hause erbringen zu können. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, muss die öffentliche Hand dem Nachwuchs attraktive Arbeitsbedingungen bieten, für ältere Kolleginnen und Kollegen soweit erforderlich altersgerechte Arbeitsplätze einrichten sowie die rechtlichen und technischen Bedingungen für moderne Arbeitsformen und Online-Leistungserbringung schaffen. Erste Schritte auf diesem Weg sind zum Beispiel das E-Government-Gesetz und die Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten.





Gewerkschaftspolitische Auftakt

Dr. Norbert Walter-Borjans

... wurde 1952 in Krefeld-Uerdingen geboren und beendete seine Schulzeit 1971 mit dem Abitur. Nach einjährigem Informatik-Studium in Bonn wechselte er 1972 zur Volkswirtschaftslehre und graduierte 1978 zum Diplom-Volkswirt. 1980 kehrte Walter-Borjans in den Universitäts-Betrieb zurück und promovierte 1982 an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln. Bis 1984 war der Ökonom dort wissenschaftlicher Assistent und wechselte dann in

die nordrhein-westfälische Staatskanzlei. 1996 bis 1998 wirkte er als Regierungssprecher unter Ministerpräsident Johannes Rau. 2004 wurde er unter Ministerpräsident Peer Steinbrück Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Wirtschafts- und Arbeitsministerium. Im Juni 2010 wurde Walter-Borjans in der rot-grünen Landesregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nordrhein-westfälischer Finanzminister. Als Angehöriger des „Kabinetts Kraft II“ führt er



das Finanzministerium auch nach den vorgezogenen Neuwahlen im Juni 2012.

Armin Schuster

... wurde 1961 in Andernach/Rhein geboren und besuchte von 1980 bis 1983 die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Köln und Lübeck.

Von 1986 bis 1992 studierte er Wirtschaftswissenschaften an der Fernuniversität Hagen und arbeitete in den Jahren 1986 bis 1989 zugleich im Bundesinnenministerium. 1995 erwarb Schuster an der Hochschule der Polizei Münster die Laufbahnbe-

fähigung für den höheren Dienst. Nach verschiedenen beruflichen Stationen, darunter in leitenden Funktionen bei der Bundespolizei, war er 1999 bis 2002 Dozent an der Fachhochschule des Bundes. Von 2004 bis 2009 leitete Schuster als Polizeidirektor die Bundespolizeiinspektion in Weil am Rhein.

1987 wurde er Mitglied der CDU. 2009 zog er als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag ein.



Im September 2013 wurde Armin Schuster erneut in den Deutschen Bundestag gewählt.

Michael Hartmann

... wurde 1963 im pfälzischen Pirmasens geboren und nahm nach dem Abitur das Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und der deutschen Volkskunde an der Johannes-Gutenberg Universität in Mainz auf.

1983 wurde er Mitglied der SPD und engagierte sich bereits als Student aktiv bei den Jungsozialisten. 1988 bis 1993 war Hartmann Vorsitzender des SPD-Ortsvereins in seinem Wohnort Wackernheim,

wo er 1994 bis 1999 auch als Erster Beigeordneter der Gemeinde fungierte. 1999 wurde er Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Mainz-Bingen und arbeitete in den drei folgenden Jahren im rheinland-pfälzischen Innenministerium als Pressesprecher.

2002 zog er in den Deutschen Bundestag ein, dem er in vierter Wahlperiode angehört. Hartmann vertrat die SPD-Bundestagsfraktion bisher in mehreren großen Untersuchungs-



ausschüssen. Seit Oktober 2011 ist er innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

und Podiumsdiskussion



Frank Tempel

... kam 1969 im brandenburgischen Belzig zur Welt und absolvierte nach dem Besuch einer Polytechnischen

Oberschule eine dreijährige Berufsausbildung mit Abitur zum Landmaschinen Schlosser.

1988 schlug er die Berufsoffizierslaufbahn bei der Nationalen Volksarmee der DDR ein, konnte sein Studium an der Offiziershochschule in Suhl infolge der politische Wende jedoch nicht beenden.

Ab 1993 begann Tempel eine Ausbildung zum mittleren Polizeivollzugsdienst in Thüringen, wechselte nach

deren Abschluss im Dezember 1996 an die Polizeischule Meiningen, die er zwei Jahre später als Diplomverwaltungswirt (FH) verließ. 1999 wurde er zum Kriminalbeamten im gehobenen Dienst ernannt. Seit 2009 gehört er der Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag an.

Bei der Bundestagswahl 2013 kandidierte Frank Tempel erneut und blieb Abgeordneter des Deutschen Bundestages.



Irene Mihalic

... wurde 1976 in Waldbröl/Oberbergischer Kreis geboren. Nach dem Studium an der Fachhochschule für

öffentliche Verwaltung, das sie als Diplom-Verwaltungswirtin (FH) abschloss, arbeitete sie in verschiedenen Bereichen der Polizei NRW, seit 2007 beim Polizeipräsidium Köln.

2006 trat sie in die Partei Bündnis 90/Die Grünen ein und gehörte von 2007 bis 2009 dem Kreisvorstand der Gelsenkirchener Grünen an. Seit 2009 ist Irene Mihalic Mitglied im Rat der Stadt Gelsenkirchen und stellvertre-

tende Vorsitzende der Grünen-Ratsfraktion.

Seit 2010 gehört sie dem Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen NRW an. 2013 wurde sie erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt. In den kommenden vier Jahren wird sie als Mitglied der Grünen-Bundestagsfraktion sich vorwiegend mit Themen der Innen- und Sicherheitspolitik befassen.



Dunja Hayali

... kam am 6. Juni 1974 im westfälischen Datteln als Tochter eines Arztes und einer Pharmazeutin zur Welt.

Ihre Eltern stammen aus dem Irak. Als Jugendliche zeigte Dunja Hayali, die mit zwei älteren Geschwistern aufwuchs, großes Interesse am Sport. 1995 schrieb sie sich an der Deutschen Sporthochschule in Köln ein und absolvierte bis 1999 ein Studium mit dem Schwerpunkt Medien- und Kommunikationswissenschaften. Bereits während ihres Studiums lernte sie im Rahmen von Praktika den Betrieb bei einigen deutschen Radio- und Fernsehsendern kennen und arbeitete nach ihrem Studienabschluss

unter anderem als Sportmoderatorin beim Radio der Deutschen Welle (Köln/Bonn).

Von April 2007 bis September 2010 war Dunja Hayali Moderatorin der ZDF heute-Nachrichten und Co-Moderatorin beim heute journal. Seit Oktober 2007 gehört sie zum Team des ZDF-Morgenmagazins, das sie seit Oktober 2010 neben Wulf Schmiese oder Mitri Sirin in der Spätschiene von 7 bis 9 Uhr als Hauptmoderatorin präsentiert.



Einkommensrunde 2014:

Erfolge fallen nicht vom Himmel



Die Einkommensrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen beginnt im März 2014. Die Tarifforderungen wird der dbb am 11. Februar 2014 beschließen. Trotz des späten Verhandlungsbeginns muss der Grundstein dafür bereits jetzt gelegt werden, denn die Verhandlungen werden alles andere als einfach.

Die Eurokrise ist nicht ausgestanden, und die im Grundgesetz neu verankerte Schuldenbremse, die für den Bund ab 2016 und für die Länder ab 2020 wirken wird, könnte zum Arbeitgeberargument für fehlende Spielräume werden. Aber davon sollten sich Beschäftigte nicht blenden lassen, denn neueste Wirtschaftsdaten und Prognosen belegen, dass es Spielräume für gerechte Entgelterhöhungen gibt.

Das Gutachten des Sachverständigenrates vom 13. November 2013 zur wirtschaftlichen Entwicklung geht von einem positiven Verlauf des Jahres 2014 aus. So wird sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland aller Voraussicht nach aufhellen. Die erwartete Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts beträgt demnach in 2014 1,6 Prozent, nach 0,4 Prozent im Jahr 2013. Hierbei ist zu beachten, dass die stützenden Nachfrageimpulse in erster Linie aus dem Inland

kommen. Der prognostizierte Beschäftigungsstand wird weiterhin auf einem hohen Niveau liegen, zudem wird der Staat voraussichtlich einen positiven Finanzierungssaldo aufweisen.

■ Nachfrage stärkt die Wirtschaft

Die Verbraucherpreise werden sich laut Prognose weiterhin moderat entwickeln. Nach 2,0 Prozent in 2012 wird für 2013 eine Preissteigerung von 1,5 und für 2014 von 1,9 Prozent erwartet. Im Jahr 2014 ist zudem ein weiterer Anstieg der privaten Konsumausgaben zu erwarten: Der Konsum ist ein Stabilisator der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Bruttoentgelte dürften infolge der stabilen Arbeitsmarktentwicklung und der moderaten Tariflohnabschlüsse im Jahr 2013 um 3,2 Prozent und im Jahr 2014 um 3,4 Prozent steigen.

Daneben werden auch höhere Steuereinnahmen erwartet. Insgesamt steigen die Steuereinnahmen nach der jüngsten Schätzung für Bund, Länder, Gemeinden und Europäische Union (EU) in 2014 von 620,5 Milliarden auf 640,3 Milliarden Euro, dies ist ein Anstieg von 3,2 Prozent. Die Einnahmen des Bundes steigen im gleichen Zeitraum von 260 Milliarden auf 269 Milliarden Euro (plus 3,4 Prozent). Die Einnahmen der Gemeinden erhöhen sich um 3,7 Prozent von 85 auf 88,2 Milliarden Euro. Die Einnahmen der Länder steigen um 3,1 Prozent auf 251,9 Milliarden Euro und die Einnahmen der EU um 0,6 Prozent auf 31,3 Milliarden Euro.

■ Alle Statusgruppen sind betroffen

Insgesamt deuten alle Indikatoren darauf hin, dass in der aktuellen Lage deutliche Entgeltsteigerungen mög-

lich sind. Zur weiteren Stabilisierung der Wirtschaft in Deutschland durch Steigerung der Nachfrage sind sie sogar von entscheidender Bedeutung. Und auch auf die wirtschaftliche Entwicklung in Europa kann eine Nachfragesteigerung in Deutschland positive Auswirkungen haben, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Hier hat Deutschland Nachholbedarf!

Klaus Dauderstädt, Bundesvorsitzender des dbb, sagte hierzu in einem Interview vom 20. November 2013: „Seit den 1990er-Jahren sind wir in Deutschland, vor allem auch im öffentlichen Dienst, allzu oft unterhalb wirtschaftlich nachhaltiger Lohnsteigerungen geblieben.“

Der dbb organisiert Arbeitnehmer und Beamte im öffentlichen Dienst. Er kämpft dafür, dass beide Gruppen an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land teilhaben. Deshalb ist die Einkommensrunde für den dbb nicht schon zu Ende, wenn am Verhandlungsort Potsdam ein Tarifkompromiss ausgehandelt ist, sondern erst, wenn dieser Abschluss zeit- und inhaltsgleich auf die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen übertragen wird.

■ Steigender Leistungsdruck

Der öffentliche Dienst muss immer mehr leisten. Seit der Wiedervereinigung sind im Bundesbereich über 200 000 Stellen weggefallen. Zudem sank allein im Bereich der Beamten, Richter und Soldaten die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um rund elf Prozent. Gleichzeitig nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten signifikant zu. Diesem Personalabbau und der damit verbundenen unerträglichen Arbeitsverdichtung gilt es Einhalt zu gebieten, der Dienstherr Bund muss endlich die besonderen Leistungen der Beamtinnen und Beamten anerkennen.

Die Beamtinnen und Beamten erwarten von der bevorstehenden

Einkommensrunde 2014 zu Recht eine deutliche Verbesserung der Zahlungs- und Beschäftigungsbedingungen, die Anerkennung der erbrachten Leistungen und die Teilhabe an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Wichtig ist aber auch eine Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Vergleich zur freien Wirtschaft, vor allem unter Berücksichtigung des demografischen Wandels und der damit einhergehenden Probleme der Nachwuchsgewinnung. Deshalb ist eine angemessene Einkommensanpassung unter Berücksichtigung des vorhandenen und prognostizierten Wirtschaftswachstums sowie der tatsächlichen und zu erwartenden Preissteigerungen im Hinblick auf die tatsächlich erbrachte Arbeitszeit dringend erforderlich. Gleiches gilt für eine deutliche und nachhaltige Verbesserung der Einkommenssituation der Anwärtler zuzüglich der Abgabe von Übernahmegarantien bei erfolgreicher Laufbahnprüfung. Alle Besoldungselemente sind an die tatsächlichen Verhältnisse anzupassen, um den seit Jahren eingetretenen Entwertungen ein Ende zu bereiten. Schließlich wird der systematische Ausbau einer transparent gestalteten, langfristig angelegten Personalentwicklung immer drängender.

■ Gute Arbeit muss gut bezahlt werden

Ob in der Kommunalverwaltung, in den Straßenmeistereien, den Krankenhäusern, der Entsorgung, in den Bundesbehörden oder vielen anderen Bereichen: Die Kolleginnen und Kollegen bringen immer vollen Einsatz und tragen so maßgeblich dazu bei, dass der öffentliche Dienst reibungslos funktioniert. Dass dies so bleibt, ist keine Selbstverständlichkeit. Auch die Arbeitgeber in Bund und Kommunen müssen ihren Teil durch gerechte Bezahlung, Nachwuchsgewinnung und ausreichende Personalausstattung beitragen. Das werden sie nicht von sich aus tun. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen! ■

Drei Fragen an ...

... Willi Russ, Zweiter Vorsitzender des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik

dbb journal: Haben Sie schon konkrete Vorstellungen zur Forderung für die Einkommensrunde?

Russ: Wir sind hier mitten in der Diskussion. Das ist bei der Vielzahl unserer Fachgewerkschaften eine komplexe Angelegenheit. Und wir haben ja auch noch etwas Zeit. Aber seien Sie sicher: Wir diskutieren da nicht nur über Zahlen vor und hinter dem Komma, sondern auch darüber, ob wir einen Sockelbetrag für zwingend halten. Die Diskussion läuft und sie ist spannend.

dbb journal: Rechnen Sie mit Streiks, insbesondere dann, wenn Sie einen bei den Arbeitgebern so unbeliebten Sockel fordern?

Russ: Ob mit oder ohne Sockel – für derartige Spekulationen ist es noch viel zu früh. Wir bereiten uns auf die Einkommensrunde vor, zunächst und vor allem mit Argumenten, aber wir ziehen in Betracht, dass wir eventuell deutlich werden müssen, damit unsere Argumente gehört werden.

dbb journal: Spielt die aktuelle Diskussion um die Tarifeinheit eine Rolle bei der Einkommensrunde 2014?

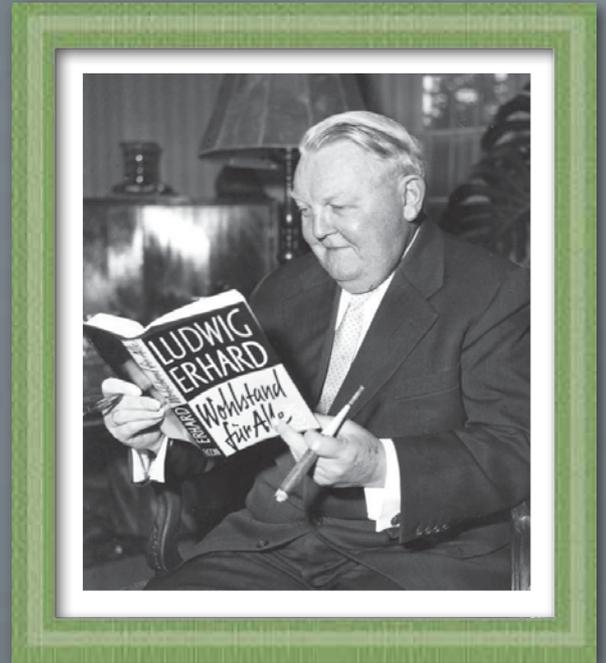
Russ: Nein, höchstens insoweit, als sie, wie schon in der Vergangenheit, belegt, dass der Tarifalltag nichts mit dem zu tun hat, was die Großkoalitionäre und die BDA an vermeintlichem Tarifchaos zu sehen meinen. Die autonomen Gewerkschaften dbb und ver.di handeln hier seit Jahren in enger Absprache. Eine Streikspirale gibt es nicht, sondern freiwillige Zusammenarbeit. Dass eine solche Realität von der Politik ignoriert wird, zeigt, dass es nicht um ein Sachproblem geht.



Soziale Marktwirtschaft:

Wohlstand für Alle

Ludwig Erhard, Bundeswirtschaftsminister von 1949 bis 1963 und Nachfolger Konrad Adenauers als Bundeskanzler bis 1966, gilt als Vater der sozialen Marktwirtschaft. Er vertrat die Auffassung: „Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch.“ Für ihn war die Sicherstellung des freien Wettbewerbs eine der Hauptaufgaben des Staates, der auf einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung beruhen sollte. Doch „Vater“ oder Erfinder dieses Wirtschaftssystems war Erhard keineswegs, vielmehr setzte er theoretische Grundüberlegungen Alfred Müller-Armacks in der Praxis um und entwickelte das neue Wirtschaftssystem pragmatisch weiter. Müller-Armack war ab 1952 Leiter der Grundsatzabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums und seit 1958 Erhards Staatssekretär.



Müller-Armack benutzte die Wortverbindung „soziale Marktwirtschaft“ erstmals in seinem 1947 erschienenen Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“

Darin skizziert er das Wirtschaftsprinzip als „dritte Form“ neben einer rein liberalen Marktwirtschaft und einer Lenkung der Wirtschaft durch den Staat. Die künftige Wirtschafts-

ordnung des zerstörten Nachkriegsdeutschlands sollte den Markt als „tragendes Gerüst“ in eine sozial gesteuerte Marktwirtschaft einbetten und das Prinzip der Freiheit auf

dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs verbinden. Er bezeichnete die soziale Marktwirtschaft als irenische (friedenstiftende) Formel, die versuche, „die Ideale der Gerechtigkeit, der Freiheit und des wirtschaftlichen Wachstums in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen.“

Zwei Jahre später fand dieser Begriff Eingang in das CDU-Programm für den Bundestagswahlkampf 1949 (Düsseldorfer Leitsätze) und wurde Ludwig Erhard zugeschrieben. Die SPD setzte dem „Schlagwort“ die Theorie des demokratischen Sozialismus entgegen. Doch seit dem Godesberger Programm (1959) übernahm sie zunehmend Elemente der sozialen Marktwirtschaft. Seit den 90er-Jahren verwendet die SPD den Begriff in ihren programmatischen Schriften, und auch der DGB folgte 1996 in seinem Dresdner Grundsatzzprogramm ihrem Beispiel.

Die allgemeine Bezugnahme auf den Begriff „soziale Marktwirtschaft“ bedeutet jedoch nicht, dass Konsens darüber besteht, was soziale Marktwirtschaft ist: Sie wird als geschlossenes ordnungspolitisches Konzept ebenso interpretiert wie als offene, dynamische Kompromissformel, unter der sich unterschiedliche Akzentuierungen zusammenfassen lassen, oder gar als Leerformel ohne eigene Bedeutung.

Der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ hat sich seit den 50er-Jahren auch als Bezeichnung für die reale Wirtschaftsordnung etabliert. In der Bundesrepublik wurde die soziale Marktwirtschaft zwischen 1949 und 1966 sowie 1982 und 1998 zur Richtgröße der Regierungspolitik erklärt. Im Staatsvertrag von 1990 zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde sie als gemeinsame Wirtschaftsordnung für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vereinbart. Die Europäische Union strebt laut Vertrag von Lissabon eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirt-

schaft mit Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt an.

Die soziale Marktwirtschaft wurde seit 1957 von der Auslegung Erhards als Volkskapitalismus zur Marktwirtschaft mit eigenständiger Sozialstaatlichkeit umgedeutet. Erst dadurch wurde der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ zur zentralen Konsens- und Friedensformel des „mittleren Weges“. Nach Erhards Vorstellung sollte eine richtig geordnete Marktwirtschaft „Wohlstand für Alle“ verheißen. Mit dem sogenannten Volkskapitalismus sollte eine breite Vermögensbildung gefördert werden.

Als wesentliches Gestaltungselement der sozialen Marktwirtschaft in den 1950er-Jahren setzte sich die Idee der Sozialpartnerschaft durch, die später in verschiedenen Gesetzeswerken verwirklicht wurde. Bereits in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949 stellte Bundeskanzler Konrad Adenauer klar, dass bei der Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft eine zeitgemäße Neuordnung der Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erreicht werden müsse. Das Betriebsverfassungs-

gesetz wurde am 11. Oktober 1952 beschlossen, das die Mitbestimmung der Arbeitnehmervertreter in persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten regelte. In den 70er-Jahren wurden von der sozialliberalen Regierung zur Humanisierung der Arbeitsprozesse mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 und dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 noch weitergehende Regelungen getroffen.

Die Gewerkschaften standen der sozialen Marktwirtschaft zunächst ablehnend gegenüber. In der politischen Praxis gelang es indes, sie durch die geschaffenen Mitbestimmungsmöglichkeiten in die Wirtschaftsprozesse einzubinden. Umgekehrt haben die Gewerkschaften als Sozialpartner an der weiteren Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft mitgearbeitet. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Sozialpläne, erweiterte Mitbestimmungsrechte und Mindestlöhne gehören zu den sozialen Errungenschaften, die zur allgemeinen Popularität der sozialen Marktwirtschaft bis heute beitragen, die künftig unter Berücksichtigung der Erfordernisse des demografischen Wandels weiterentwickelt werden muss. *sm*

Das Besoldungsrecht hat durch viele Änderungen Schaden gelitten ...

Ludwig Erhard (1897 bis 1977) ging als „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ in die Geschichte ein. Doch auch seine Aussagen zum öffentlichen Dienst und zur Besoldungspolitik künden von Weitsicht:

„Die Bundesregierung weiß um die große Bedeutung des Öffentlichen Dienstes für die innere und äußere Ordnung unseres Staates. Sie wird sich in Anerkennung der auch in diesem Bereich erbrachten großen Leistungen den weiteren Ausbau des Rechts der im Öffentlichen Dienst Tätigen angelegen sein lassen. Bei der Ausgestaltung unseres Besoldungsrechts geht es darum, die innere Gerechtigkeit in unserem Besoldungssystem, die durch viele Änderungen der letzten Jahre Schaden gelitten hat, wiederherzustellen. Darüber hinaus wird sich die Bundesregierung bemühen, den Verbund der Besoldung in Bund, Ländern und Gemeinden als Voraussetzung für eine große Besoldungsreform rechtlich zu fundieren. Eine gute, in sich abgewogene Ordnung im Besoldungssystem aller Bereiche des Öffentlichen Dienstes ist und wird ein stabilisierender Faktor im Gesamtgefüge der Lohn-, Gehalts- und Arbeitszeitvereinbarungen.“

(Aus: Regierungserklärung Ludwig Erhards vom 18. Oktober 1963 vor dem 4. Deutschen Bundestag.)



Zum Selbstverständnis des öffentlichen Dienstes:

Stets zu Diensten

Wer in Deutschland in ein Beamtenverhältnis berufen wird, leistet gleich zu Beginn den Amtseid und das Versprechen, seine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen: „Stets zu Diensten“ meint keinen Satz aus der Feudalzeit, sondern beschreibt Grundhaltung, Arbeitsethos und Erfüllungsanspruch des deutschen öffentlichen Dienstes im 21. Jahrhundert.

Neben der Treuepflicht umfasst das Selbstverständnis eines Staatsdieners insbesondere, sich mit vollem persönlichen Einsatz dem Beruf zu widmen. Das ist heutzutage alles andere als eine Leerformel, denn nach zwanzig Jahren ununterbrochener Haushaltskonsolidierung müssen immer weniger Menschen immer mehr Aufgaben für unser Gemeinwesen erledigen, häufig auch außerhalb der regulären Dienstzeiten, an Feiertagen und an Wochenenden. Das geht gerade bei den Beamtinnen und Beamten mit erhöhten Arbeitszeitanforderungen zunehmend an die persönliche Substanz. Typische Stressreaktionen, Überforderung und psychosomatische Erkrankungen sowie Burn-out sind häufige Indikatoren der Schattenseiten des öffentlichen Dienstes.

Wie alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Deutschland, treten auch Beamtinnen und Beamte zu meist mit dem Idealbild des funktionierenden Staates in den Dienst ein, sie wollen dieses Ideal im Berufsalltag leben. Das gilt sowohl für die Polizistin im Wechsel- und Schichtdienst mit der besonderen Herausforderung, Familie und Beruf vor allem in der Elternphase mit betreuungsbedürftigen Kindern zu bewältigen, wie auch für die Führungskraft in einer Verwaltungsbehörde, für steuerliche Betriebsprüfer, Vollstreckungsbeamte, Lebensmittelkontrol-

leure im Außendienst, Aufsichtsbeamte in einer höheren Verwaltungsbehörde oder Gesetzgebungsreferenten in einem Ministerium. Alle streben danach, ihrer Vorbildfunktion nach innen und nach außen gerecht zu werden. Und alle verfolgen das gleiche Ziel: Die notwendigen Tätigkeiten im Gesetzesvollzug rechtssicher, bürgerfreundlich und transparent zu gewährleisten, Entwicklungen für zukünftige Strukturen positiv zu begleiten und umzusetzen, damit unser Gemeinwesen hochprofessionell funktioniert.

Auf diese Weise leistet der gesamte öffentliche Dienst in Deutschland die Voraussetzungen für ein funktionierendes Staatswesen, eine öffentliche Infrastruktur mit Rahmenbedingungen, ohne die keine wirtschaftliche Betätigung der Unternehmen möglich wäre, und sichert auf diese Weise die Grundlagen für Produktivität und Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes investieren viel, um erfolgreich zu sein. Sie sind Vorbilder und geben wichtige Anstöße für gesellschaftliche Entwicklungen, vor allem auch gegenüber den politisch Handelnden in unserem Land. Dazu brauchen sie moderne Technologien, Mo-



tivation und Arbeitsweisen, die der besonderen demografischen Entwicklung im öffentlichen Dienst Rechnung tragen. Und sie brauchen die Wertschätzung für ihre Arbeit. Jeder, dem Deutschland am Herzen liegt, sollte sich für eine gute Zukunft des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten engagieren.

Die im Vergleich zur allgemeinen deutschen Erwerbsbevölkerung deutlich älteren Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten täglich einen unverzichtbaren Dienst. Sie dürfen dabei nicht immer nur an ihre selbstverständlichen Pflichten erinnert werden. Der Ausdruck umfassender Wertschätzung erfordert heutzutage vermehrt Fürsorge, Treue, aber auch Partizipation an wichtigen Entscheidungen und positiven Zuspruch durch die politisch Verantwortlichen.

*Hans-Ulrich Benra, Fachvorstand
Beamtenpolitik und stellvertretender
dbb Bundesvorsitzender*

Fachvortrag:

Politik und Reformation

Der Blick über den Tellerrand gewerkschaftspolitischer Inhalte ist gern gepflegte Tradition jeder dbb Jahrestagung. 2014 wird dieser Thementeil am Nachmittag des 6. Januar mit dem Fachvortrag der Theologin und Botschafterin des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands für das Reformationsjubiläum 2017, Margot Käßmann, eröffnet.

Grundsatzfrage ...

Das Motto der 55. dbb Jahrestagung 2014 hat der dbb mit einem Fragezeichen versehen. Es lautet: „Stets zu Diensten? Der Staat im 21. Jahrhundert.“ Wie schätzen Sie die weitere Entwicklung ein? Wird der Staat auch künftig flächendeckend, effektiv und professionell den Bürgern dienen können?

... an Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann

Ich hoffe, dass unser Staat weiterhin das Prinzip der Subsidiarität pflegt, denn es ist ein Segen. Nehmen wir nur unser vielfältiges Sozialwesen: Gottlob ist es nicht Aufgabe des Staates, sich selbst zum Beispiel zum „Krankenhausmanager“ zu machen, sondern er kann freie Träger finden, die sich nicht gegen die Interessen derer stellen, denen sie Hilfe anbieten sollen. Und wie gut, dass es bei uns Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gibt, deren Handlungsraum vertraglich geregelt ist und denen gegenüber sich der Staat mit „fördernder Neutralität“ verhält. Dies macht den Staat frei davon, seinerseits Weltanschauungen produzieren zu müssen, denn da haben wir in unserem Land ja wirklich nicht die besten Erfahrungen gemacht ...



■ Margot Käßmann ...

... ist evangelisch-lutherische Theologin. Sie kam am 3. Juni 1958 in Marburg zur Welt und wuchs mit zwei älteren Schwestern im benachbarten Stadtallendorf auf. 1977 bis 1983 studierte sie in Tübingen, Edinburgh, Göttingen und Marburg Evangelische Theologie, erhielt 1985 die Ordination zum Pfarramt und promovierte 1989 an der Ruhr-Universität Bochum. Bis 1990 teilte die Pfarrerin

eine Stelle mit ihrem damaligen Ehemann in Nordhessen. Ihr Engagement in den Kirchengremien und mehrere Lehraufträge bei diversen kirchlichen Bildungseinrichtungen führte die vierfache Mutter zum Deutschen Evangelischen Kirchentag, dem sie – als erste Frau in diesem Amt – von 1994 bis 1999 als Generalsekretärin diente. Seit 1999 war Margot Käßmann Bischöfin der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover und wurde Ende Oktober 2009 zur

neuen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) gewählt. Ende Februar 2010 erklärte sie ihren Rücktritt von Bischofsamt und Ratsvorsitz und wurde wieder Pastorin der Hannoverschen Landeskirche. Im Juli 2011 präsentierte der Rat der EKD Margot Käßmann als Botschafterin des bevorstehenden 500. Jubiläums der Reformation, das 2017 feierlich begangen werden soll. Ihr Mandat als „Lutherbotschafterin“ übt sie seit April 2012 aus.



Streitgespräch:

Marktwirtschaft und Sozialstaat

Am Morgen des 7. Januar werden die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Kubicki dem Thema „Soziale Marktwirtschaft oder vermarkteter Sozialstaat“ auf den Grund gehen. Das Streitgespräch wird moderiert von der Deutschlandfunk-Chefredakteurin Birgit Wentzien.

Grundsatzfrage ...

Das Motto der 55. dbb Jahrestagung 2014 hat der dbb mit einem Fragezeichen versehen. Es lautet: „Stets zu Diensten? Der Staat im 21. Jahrhundert.“ Wie schätzen Sie die weitere Entwicklung ein? Wird der Staat auch künftig flächendeckend, effektiv und professionell den Bürgern dienen können?

... an Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer

Dass der Staat für die Bürger da ist, gilt als eine Errungenschaft der modernen Demokratie. Dies konkretisiert sich etwa im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge oder der sozialen Sicherungssysteme. Daran wird sich auch künftig im Kern nichts ändern, denn dies sind klassische Aufgaben des modernen Staates. Dennoch wird der Staat in Zukunft ebenso wenig ein umfassender Dienstleister sein können, wie er es bisher war. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, solidarisches Miteinander, individuelle Eigenverantwortung: All das kennzeichnet die innere Substanz einer demokratischen Zivilgesellschaft. Hier muss der Staat den Rahmen setzen, innerhalb dessen sich diese Werte bestmöglich selbst entfalten können.



■ Annegret Kramp-Karrenbauer ...

... amtiert seit August 2011 als erste Ministerpräsidentin des Saarlandes. Die Rechts- und Politikwissenschaftlerin wurde am 9. August 1962 im saarländischen Völklingen geboren, wo sie 1984 auch ihr Abitur ablegte. Nach dem Studium in Trier und Saarbrücken, das sie 1990 mit dem Magister in Politikwissenschaften und Öffentliches Recht abschloss, arbeitete sie von 1991 bis 1998 als Grundsatz- und Planungsreferentin in der CDU Saar, der sie bereits 1981 beigetreten war. 1999 wurde sie persönliche Referentin des Vorsitzenden der CDU-

Landtagsfraktion und späteren Ministerpräsidenten Peter Müller, unter dessen Regierungsverantwortung sie von 2000 bis 2004 zunächst Ministerin für Inneres und Sport, 2004 bis 2007 Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport sowie nach einer weiteren Kabinettsumbildung von September 2007 bis November 2009 Ministerin für Bildung, Familie, Frauen und Kultur war. Nach Bildung der schwarz-gelb-grünen „Jamaika-Koalition“ amtierte sie ab November 2009 im Kabinett von Ministerpräsident Peter Müller als Landesministerin für Arbeit, Familie, Soziales, Prävention und Sport. Als Peter Müller sich aus der Landespolitik zurückzog, folgte

Kramp-Karrenbauer ihrem Mentor zunächst im Amt des CDU-Landesvorsitzenden, in das sie im Mai 2011 und am 4. Dezember 2012 als erste Frau mit jeweils großer Mehrheit gewählt wurde. Am 10. August 2011 folgte die Wahl Kramp-Karrenbauers ins Amt der Ministerpräsidentin, in dem sie nach dem Zusammenbruch der Jamaika-Koalition, vorgezogenen Neuwahlen und der Bildung einer Großen Koalition mit der Saar-SPD am 29. Mai 2012 mit stabiler Mehrheit bestätigt wurde. Kramp-Karrenbauer ist seit November 2010 Mitglied im Bundespräsidium der CDU. Sie ist verheiratet und Mutter von drei Kindern.

■ Wolfgang Kubicki ...

... wurde am 7. Dezember 2013 von einem Sonderparteitag mit 89,87 Prozent der Stimmen zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Freien Demokratischen Partei Deutschlands (FDP) gewählt. Nach dem Rücktritt des bisherigen FDP-Vorstands, der die Verantwortung für das Scheitern der Liberalen bei der Bundestagswahl übernommen hatte, war es Aufgabe der Delegierten des außerordentlichen Parteitages, mit der Wahl einer neuen Parteispitze Zeichen für einen politischen Neuanfang zu setzen. Kubicki, der am 3. März 1952 in Braunschweig zur Welt kam, trat 1971 in die FDP ein und engagierte sich schon

früh bei den Jungdemokraten in Schleswig-Holstein, die er 1975/76 als Landesvorsitzender führte, bis er 1976 erstmals in den FDP-Landesvorstand gewählt wurde. Seit 1996 ist Kubicki Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein. Dem Bundesvorstand der Liberalen gehört er seit 1997 an und wurde im März 2013 als Beisitzer ins Präsidium der FDP-Bundespartei gewählt. Kubicki hatte nach seinem Abitur 1970 zunächst in Kiel ein Volkswirtschaftsstudium aufgenommen, das er 1975 als Diplom-Volkswirt abschloss. Neben seiner anschließenden Berufstätigkeit als Unternehmens- und Steuerberater absolvierte er in Kiel ein Jurastudium und ist seit dem



Abschluss des zweiten juristischen Staatsexamens 1985 als Rechtsanwalt zugelassen. Wolfgang Kubicki ist in dritter Ehe mit einer Strafrechtlerin verheiratet. Er hat zwei Kinder.

FDP: Staatsquote senken

„Unser Ziel ist es, im Sinne von „Privat vor Staat“, die Staatsquote weiter zu senken. Deshalb werden wir auch in Zukunft prüfen, welche Projekte und Aufgaben sinnvollerweise privatisiert werden können.

Ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst ist eine wichtige Säule unseres demokratischen Rechtsstaats. Wir bekennen uns zum Berufsbeamtentum, weil damit für die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben Vorteile verbunden sind, zu denen beispielsweise besondere

Loyalitätspflichten und das Streikverbot von Beamten gehören. Wir setzen uns für Verbesserungen bei der Mitnahme erworbener Versorgungsansprüche ein, für eine Flexibilisierung des Ruhestandseintritts und für eine Stärkung des Leistungsgedankens. Im Laufbahnrecht soll das Absolvieren einer Station bei einer europäischen oder internationalen Organisation deutlich stärker gewichtet werden als bisher.“

(Aus: „Bürgerprogramm 2013. Damit Deutschland stark bleibt“)

■ Birgit Wentzien ...

... 1959 in Hamburg geboren, ist seit April 2012 Chefredakteurin des Deutschlandfunks. Sie besuchte die Deutsche Journalistenschule, bevor sie an der Ludwig-Maximilians-Universität München Kommunikationswissenschaft und Politologie studierte. Einem Volontariat beim Süddeutschen Rundfunk (SDR) in Stuttgart schloss sich bis 1992 die Tätigkeit als Redakteurin und Moderatorin für das Ressort Politik sowie die Nachrichtenredaktion des SDR an. Seit 1993 arbeitet Birgit Wentzien in Berlin, zunächst als Korrespondentin im Gemeinschaftsstudio des SDR mit dem Südwest-

funk, nach dem Zusammenschluss der beiden Rundfunkanstalten 1998 auch für den neu gegründeten Südwestrundfunk im ARD-Hauptstadtstudio. 1999 wurde Birgit Wentzien stellvertretende Leiterin des SWR-Studios Berlin, dessen Leitung sie im Juni 2004 übernahm. Von September 2006 bis 2008 moderierte sie abwechselnd mit Anke Hlauschka die Talkshow „Querbelegt“ des SWR-Fernsehens. Im Februar 2012 beschloss der Verwaltungsrat des Deutschlandradios auf Vorschlag des Intendanten Willi Steul, Wentzien zur Chefredakteurin des Deutschlandfunks zu ernennen. Birgit Wentzien ist Mentorin an der Evangelischen



Journalistenschule in Berlin sowie Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des Deutschen Presseclubs. Sie ist verheiratet und hat einen Sohn.



Stets zu Diensten ...

► Wir kleckern nicht, wir klotzen

Der Staat ist zwar nicht pleite, aber große Sprünge machen kann er schon lange nicht mehr. Deshalb müssen Cent und Euro dreimal umgedreht werden, bevor sie zum Wohl des Bürgers angelegt werden, und auch dabei sind inzwischen Grenzen erreicht, die ohne kreative neue Ideen nicht mehr überschritten werden können. Die Bundesländer sind es, die sich mit einer frischen Idee ganz im Sinne der Föderalismusreform hervortun wollen. Einem Geheimpapier zum Thema „Verwaltungs-Auslastungsmaximierung Länder (Vmax-L)“ zufolge wollen die Länderchefs Menschen und Maschinen des öffentlichen Dienstes möglichst rund um die Uhr zum Einsatz bringen.

Schulunterricht findet künftig in drei Schichten zwischen 6 Uhr in der Früh und 22 Uhr abends statt. Nachts dienen die Klassenzimmer der VHS oder privaten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen. Die Büros der Stadtverwaltungen, einschließlich Mobiliar und Formularen, werden nach 18 Uhr von Mittelständlern und Kleinunternehmern genutzt, während gleichzeitig Mitarbeiter aller Verwaltungsbereiche an Firmen vermietet werden – falls gewünscht mit Spezialausrüstung und Uniform. Die Beschäftigten werden zu Nebentätigkeiten abgeordnet mit der Maßgabe, dass 75 Prozent der Entgelte in die Staatskasse fließen. Kleinere Probleme werden zwar erwartet, doch in dem Geheimpapier als lösbar eingestuft: Wenn künftig beispielsweise die Polizei gerufen wird, kommt garantiert ein Streifenwagen. Dem Bürger kann es schließlich egal sein, ob Beamte im Einsatz sind, eine Leihfirma mit Sicherheitskräften vorfährt oder gar Polizisten im 24-Stunden-Ausleihdienst auf Rechnung der Privatfirma Staatsauf-

gaben erfüllen. Hauptsache der Wagen ist echt. Oder?

► Wir bieten das Festpreisprinzip

Die Werbebotschaft eines bekannten Elektrodiskonters, dass Geiz fröhlich (= mittelhochdeutsch geil) macht beziehungsweise ist, hat inzwischen unvorhersehbare Wellen geschlagen. Der Schnäppchenjäger ist out, es lebe der Flatrater, der Pauschalbezahler, der das Festpreisprinzip zur Lebensphilosophie erhoben hat: möglichst wenig zu bezahlen, möglichst viel dafür zu bekommen – pauschal und all-inclusive.

Das Prinzip ist weder neu noch besonders preiswert (schon die gute alte Pauschalreise der Sechzigerjahre wartete mit Zusatzangeboten und -kosten auf), doch das scheint den Flatrater kaltzulassen. Hauptsache

kein Tarifschunzel, kein Gebührenwirrwarr, keine versteckten Zusatzkosten. Telefon und Internet, Fitnessstudio und Sonntagsbrunch, fast überall gibt's inzwischen die Pauschale, und alle sind nicht nur fröhlich darüber, sondern glücklich; bekommt doch jeder so viel er mag und fühlt sich gerecht behandelt.

Höchste Zeit also, dass das Festpreisprinzip im Rahmen des Bürokratieabbaus Eingang in die Verwaltung findet. Eine Einkommenssteuer-Flatrate würde die Steuergerechtigkeit in Deutschland schlagartig verbessern und eine Knöllchen-Flatrate die verwaltungsaufwendigen Widerspruchsverfahren minimieren. Eine Flatrate für kommunale Dienstleistungen darf natürlich ebenso wenig fehlen wie die zur Inanspruchnahme des öffentlichen Gesundheitswesens. Dass an Letzterer im Gesundheitsministerium schon gebastelt wird,



... satirisch betrachtet



kann als wahrscheinlich vorausgesetzt werden. Im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform ist schließlich alles möglich – sogar eine Flatrate für die Kariesprophylaxe der dritten Zähne. Die sind ja nicht blöd.

■ Wir sparen Kosten

Das ist zurzeit Appell und Zauberwort der neuen Regierungskoalition gleichermaßen. Denn peu à peu hat sich bei ihnen offenbar die Erkenntnis durchgesetzt, dass Wahlversprechungen das eine, deren Einlösung aber etwas ganz anderes ist. Deshalb wird inzwischen vom Kostensparen gemurmelt, hier und da auch schon laut gesprochen, denn Steuersenkungen sind ebenso teuer wie die Wunschrente mit 45. Allerdings weiß bisher niemand so recht, wie das eigentlich gehen soll, das Kostensparen. Jedermann kann Euro sparen, Benzin auch oder Kalorien,

aber Kosten? Nie gehört, bisher jedenfalls nicht. Aber es wird etwas dahinterstecken, soviel ist sicher.

So sei die Kardinalfrage erlaubt, wenn es denn tatsächlich geht: Was passiert mit den gesparten Kosten? Werden sie auf die hohe Kante gelegt, mit satten 0,5 Prozent Zinsen vermehrt? Werden sie gebunkert, die Kosten, in den Safe gesperrt wie die berühmten Goldreserven in Fort Knox und schlummern sie dahin für bessere Zeiten? Oder wird gar riskant, aber ertragsträchtig mit ihnen an der Börse spekuliert, sodass bei möglichem Anlage-Erfolg mit einer wahren Kostenexplosion zu rechnen ist? Wer weiß? Vielleicht stellt sich am Ende gar die bange Frage: Wohin bloß mit den eingesparten Kosten? Fragen über Fragen ...

Kleingeister sehen das Kostensparen wieder einmal anders. Sie haben trotz aller offenen Fragen dabei wieder einmal den öffentlichen Dienst im Visier, der als Kosten-Einspar-Währungseinheit erhalten soll. Doch daraus wird nichts, mit Verlaub. Im und am öffentlichen Dienst ist längst genug gespart worden, sodass inzwischen so viel Sand im Getriebe steckt, dass die Staatsmaschine ruckelt, statt rund zu laufen – Kolbenfresser sind in Kürze nicht ausgeschlossen. Danach wird die Reparatur echt teuer, das weiß jeder Autofahrer. Noch eine Frage zum Schluss: Haben unsere politisch Verantwortlichen keine Autos?

■ Wir brauchen ein Quantum Teilhabe

Im Schlaraffenland fliegen den glücklichen Bewohnern die gebratenen Tauben in den Mund. Und nicht nur das: Alles gibt es wohlfeil in Hülle und Fülle, niemand kommt zu kurz, nicht einmal die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung, die das ihnen gebührende Ansehen wie

selbstverständlich genießen, ob im Finanzamt, bei der Polizei oder im Schulwesen. Na ja, Utopia eben. Wunschträume. Doch weit gefehlt. Das Schlaraffenland gibt es wirklich. Im arabischen Musterländle Dubai drehen die Menschen nicht jeden Euro zweimal um, bevor sie ihn ausgeben, denn es geht ihnen gut, sehr gut. Die Wirtschaft floriert, Bankenkrisen sind nahezu unbekannt, der Spritpreis ist unverschämt niedrig, die Steuerquote auch, und kein Großkopfeter käme auf die Idee, sein eher leicht als sauer verdientes Geld am Fiskus vorbei nach Liechtenstein oder anderswohin zu schaffen.

Und das Kuriose: Der Reichtum der Landeskinder nährt sich in der Hauptsache aus zwei Erwerbsquellen, der Ölproduktion und dem öffentlichen Dienst. Wer keine Ölquelle besitzt, ist Staatsdiener, und beides ernährt seinen Mann (Frau und Kinder eingeschlossen) auf das Beste. Eingedenk der Wichtigkeit und Bedeutung seiner Beamten für das Wohl seines Landes hat der Landesvater die Gehälter seiner Staatsdiener um 70 Prozent angehoben, denn niemand könne in Dubai leben, wenn er nicht mindestens 2 000 Euro monatlich in der Tasche habe. Wenn man diese paradisischen Zustände so recht auf der Zunge zergehen lässt, brauchen die Kolleginnen und Kollegen in Deutschland mehr als ein Quantum Trost – dass die Dienstherren und öffentlichen Arbeitgeber nur zu gern bereit sind zu geben – sie brauchen stattdessen ein Quantum Teilhabe. Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Daran hat sich seit Jahrzehnten nichts geändert, auch nicht im Zeitalter der Föderalismusreform, die mancher politisch Verantwortliche mitgetragen hat, um sie inzwischen zu verfluchen. Wie sagte bereits Adenauer? Es verbietet mir niemand, klüger zu werden. *sm*

Modernisieren? Günstig gemacht.



Exklusiv für dbb-
Mitglieder: Nur halbe
Abschlussgebühr!

Wüstenrot – eine Bausparkasse
für den öffentlichen Dienst.

**Partner im
dbb vorsorgewerk**

Mit Wüstenrot das eigene Zuhause schöner
und energiesparender machen.

Ideal Bausparen Tarifvariante Finanzierer (C/F 1,35 %)

- Bausparsumme: 43.000 Euro
- Nettodarlehensbetrag: 30.000 Euro
- Sollzinssatz gebunden (fest): 1,35% p.a.
- Halbe Abschlussgebühr: 215 Euro
- Kontogebühr: 9,20 Euro p.a.
- Effektiver Jahreszins ab Zuteilung: 1,60%



Jetzt Angebot anfordern:

www.dbb-vorsorgewerk.de
oder 030 / 4081 6444